Dresdner Nachrichten

33. Jahrgang. Aufl. 46,000 Exempl.

Dresden, 1888.

Nacht-Telegramme.
(Nur in einem Theile der Auflage.)

New-York, 30. Jan. Heute früh brach ein Feuer auf dem Broadway aus, zerstörte ein Quarrée hoher Gebäude zwischen der Princestreet und Springstreet und dehnte sich bis zur Mercerstreet aus. Der Schaden wird auf 2 Millionen Doll. geschätzt. Einige Feuerwehrleute wurden verletzt.

I. u. grösste Masken- u. Theater-Garderobe. **Dominos** in vorzügl. Ausw. f. Herren u. Damen.
Max Jacobi, 2 Galeriestrasse 2 part. und erste Etage. | Telephon 389.
Aufträge nach auswärts werden prompt effectuirt.

Neueste Börsen-Telegramme.

London, 30. Jan., Borm. 11,15. Consols 102⅛. 1873er Russen 95⅞. Italiener 93⅞. Lomb. 7⅞. Türken 14⅛. 4proc. fund. Amerikaner 129. 4proc. ung. Goldrente 77. Oesterr. Goldrente 87. Preuß. Consols 105. 4proc. unific. Egypter 74⅛. 5proc. priv. Egypter 102⅛. 3proc. garant. Egypter 102⅛. Ottomanbank 10⅛. Buenos-Aires 82⅛. Spanier 67,60. Canada-Pacific —,—. Unbig. — Wetter: Frost.

Stettin, 30. Jan. (Getreidem.) Weizen fest, loco 162—168, April-Mai 170,50, Juni-Juli 174,00. Roggen fest, loco 109 112, April-Mai 120,50, Juni-Juli 124,00. Pommerscher Hafer loco 102—108. Rüböl ruhig, Januar 46,50, April-Mai 46,70. Spiritus still, loco ohne Faß versteuert 98,30, mit 50 Mark Konsumsteuer 29,50, mit 70 Mark Konsumsteuer 31,30, April-Mai 99,50. Petroleum loco verzollt 12,75.

Theater- und Maskengarderobe-Magazin I. Ranges
von
Math. Klemich, Wilsdrufferstrasse 17, II. und III. Et.
Dominos nach neuesten Pariser Modellen in prachtvollen Abendfarben. **Costumes** auf Wunsch nach Maass. Versandt nach auswärts prompt.

Schlossstr. 2, II.

Rath an Erfinder

Diese Broschüre ist kostenfrei zu beziehen von
Patentanwalt Rud. Schmidt, Dresden.
Bureau für Erwirkung deutscher und fremder Patente.

Haus Café Central.

Theater- und Masken-Garderobe I. Ranges
Dominos in schwarz und couleurt
Bertha Streng, Schlossstrasse 24, II.
(vis-à-vis Herrn Hof-Conditor Adam).
Meinem alten Rufe getreu grösste Sauberkeit und Accuratesse. Pünktliche Besorgung nach auswärts.

Dresdener Vernickelungs-Anstalt von Otto Büttner, Falkenstr. 1—3.

Nr. 31. **Spiegel:** Sozialistengesetzdebatte im Reichstage. Hof- und Personalnachrichten, Landtagsverhandlungen, Alters- und Invalidenversorgung. Gerichtsverhandlungen. Regimentstochter, Vicomte von Letorières. **Dienstag, 31. Januar.**

Für die Monate Februar und März

werden Abonnements auf die „Dresdner Nachrichten" in der Expedition, **Marienstraße Nr. 13**, zu 1 Mark 70 Pfg., für auswärts bei den Kaiserlichen Postanstalten im deutschen Reichsgebiet zu 1 Mark 84 Pfg., in der Oesterreichisch-Ungarischen Monarchie zu 1 Gulden 54 Kreuzer (excl. Agiozuschlag) angenommen.

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden

Es bedarf eines dritten Berathungstags, um die erste Lesung des neuen Sozialistengesetzes zum Abschluß zu bringen. Der zweite Verhandlungstag stand an spannendem Interesse hinter dem ersten zurück; dafür beschäftigte sich der Reichstag mehr mit dem eigentlichen Inhalt des neuen Gesetzvorschlags. Die Häupter der einzelnen Parteien gaben Namens derselben Erklärungen bezüglich ihrer Stellungnahme zu dem Entwurfe ab. Der königl. sächs. Bundesbevollmächtigte, Generalstaatsanwalt Held, erwarb sich ein großes Verdienst um die Sache selbst und um die Wahrheit, indem er die in einer sogen. Denkschrift von den Sozialdemokraten behaupteten angeblichen Thatsachen einer Beleuchtung unterzog. Dieselbe erstreckte sich in der Hauptsache auf Das, was bezüglich der Behandlung der Sozialdemokraten Christensen und Kayser seitens sächsischer Behörden vorgekommen sein sollte. Dem sächs. Bundesvertreter gelang es, zweierlei zu erhärten: einmal, daß die sozialdemokratische Denkschrift unvollständig und tendenziös entstellt ist, da namentlich Christensen keineswegs eine ganz harmlose Persönlichkeit ist, sondern viel Werg am Rocken hat; sodann, daß die sächsischen Behörden lediglich in gesetzlicher Weise eingeschritten sind. Herr Held erschütterte erfolgreich die Glaubhaftigkeit der Behauptungen der Sozialdemokraten überhaupt. Denn wenn sie bezüglich der Vorkommnisse in Sachsen mit so großer Zuversichtlichkeit soviel Unrichtiges behaupten, wieviel ist da noch von den Angaben derselben Herren betreffs der Vorkommnisse in der Schweiz richtig? Mit Fug und Recht nannte Herr Held diese Behauptungen „schwerwiegend". Man wird Näheres darüber abzuwarten haben. Schon jetzt aber weiß man, daß die Anklagen gegen Haupt und Schröder nicht der eigenen Thätigkeit der Schweizer Behörden, sondern dem sozialdemokratischen Parteiarchiv in Zürich entstammen. Die Sozialdemokraten haben sich mittelst nächtlichen Einbruchs und Ueberfalls einiger Papiere Schröders bemächtigt und denselben zu gewissen Geständnissen gezwungen. Sie lieferten Beides an die Züricher Polizei, entweder im Original oder in beglaubigten Abschriften ab, denuncirten darauf Schrödern als Dynamit besitzenden und vertheilenden Anarchisten bei der Polizei, die ihn darauf beim Kragen nahm, und baten sodann den Untersuchungsrichter, ihnen zu bestätigen, daß das, was sie ihn fragten, in den von ihnen der Polizei übergebenen Akten stehe. Auffälligerweise gab dieser Herr in einer schwebenden Untersuchungssache amtliche Auskunft. Schließlich hat derselbe aber doch nur bestätigt, daß das, was die Sozialdemokraten ihm zu den Untersuchungsakten geliefert, auch in diesen stehe. Ob der Akteninhalt auch der Wahrheit entspreche, ist damit nicht gesagt. Ohne Weiteres ist jedoch zu glauben, daß Schröder und Haupt im geheimen Solde der Berliner Polizei standen, sich in die Reihen der in der Schweiz lebenden Sozialdemokraten und Anarchisten einschlichen und ihre Geheimnisse mit mehr oder weniger Glück auskundschafteten. Nicht unwahrscheinlich erscheint es auch, daß die auskundschaftende und überwachende Thätigkeit dieser Gesellen zuweilen in eine anstiftende übergegangen ist. Nur allzuleicht verwischt sich diese Grenze! Ehe er sich's selbst versieht, geht so ein Spion dazu über, bei geplanten Verbrechen mitzumachen oder gar dazu erst anzureizen. Er wird es wahrscheinlich thun, um keinen Zweifel gegen sich aufkommen zu lassen und sich im Vertrauen zu erhalten, bisweilen auch, um sich seinen Auftraggebern nützlich zu zeigen. Denn, wenn er nichts zu berichten weiß, erscheint er als lässig oder ungeschickt und büßt seinen Sold ein. Kurz, so ein „Schuft" von agent provocateur, wie ihn der Minister v. Puttkamer rund heraus nannte, treibt ein erbärmliches Handwerk; er betrügt zuletzt auch die Polizei. Haben also Gesellen wie Schröder und Haupt bei Verbrechen mitgeholfen oder erst zu ihnen verleitet, so haben sie ihren Auftrag überschritten und ihren Auftraggebern einen sehr schlimmen Dienst erwiesen. Der Minister bestritt noch einmal auf's Entschiedenste, daß er sich solcher Schufte bediene und lehnte die Verantwortlichkeit für solche Menschen ab, die, wie er hinzufügte, meistens aus den Reihen der Sozialdemokraten und Anarchisten hervorgegangen sind.

Mit dieser wiederholten Betheuerung ist diese schuftige Angelegenheit abgethan. Sie hat im Reichstag die Zeit zur Berathung des eigentlichen Inhalts des neuen Sozialistengesetzes sehr verkürzt. Nachdem der Minister erklärt hatte, daß sich die Regierungen mit Dem begnügen würden, was sie vom Reichstage bekämen und nachdem der Abg. Marquardsen Namens der Nationalliberalen erklärt hatte, daß diese nicht mehr als die einfache Verlängerung des Sozialistengesetzes auf 2 Jahre zugestehen würden, kennt man das Schicksal der Vorlage. Zunächst werden also keine Verschärfungen eintreten, falls es nicht in der Commission gelingt, auf dem Boden des gemeinen Rechts schärfere Abwehrmaßregeln gegen die grundstürzenden Bestrebungen der Sozialdemokraten zu vereinbaren. Es fällt den Regierungen sehr schwer, namentlich auf die Landesverweisung zu verzichten. Der Gedankengang, von dem sich Minister v. Puttkamer betreffs der letzteren leiten ließ, ist folgender: „Es ist nicht zu leugnen, daß die jetzige Sozialdemokratie eine Ausnahmestellung innerhalb unseres politischen Lebens einnimmt, wie sie in der Geschichte der menschlichen Kultur noch nicht dagewesen ist. In jeder Nation giebt es Interessen- und Parteikämpfe, soziale und konfessionelle Gegensätze. Aber alle anderen Parteien, mögen sie Namen haben, welche sie wollen, stehen auf dem gemeinschaftlichen Boden der Anerkennung einer sie Alle beherrschenden sittlichen und staatlichen Weltordnung. Innerhalb dieser Weltordnung werden die Gegensätze ausgeglichen. Nur unsere Sozialdemokratie nimmt eine Ausnahmestellung ein: sie verleugnet, möge sie mehr die prinzipielle oder mehr die gewaltsame Seite betonen, diese Weltordnung. Herr Singer hat ausdrücklich erklärt, daß die Sozialdemokratie auf dem Standpunkt der Verneinung der gesellschaftlichen Ordnung steht, daß sie ihr die Daseinsberechtigung bestreitet und sich das Recht zuspricht, sie zu zertrümmern. Sollte eine solche Partei wirklich einen Anspruch darauf haben, nach gemeinem Recht behandelt zu werden? Das wäre eine logische Inconsequenz. Eine solche Ausscheidung aus der Gemeinschaftlichkeit aller übrigen Klassen und Interessengruppen der Nation haben die Sozialdemokraten sich selbst geschaffen und sind nicht in dieselbe gedrängt worden."

Dazu bemerken wir nur Eines: Im praktischen Leben kommt man mit der bloßen Logik allein nicht aus; man soll zwar nicht unlogisch handeln, aber die alleräußersten Consequenzen der Logik lassen sich in dieser Welt nun einmal nicht überall ziehen. Thäte es der Staat, so verfiele er in den Fehler der Sozialdemokraten. Diese bauen auf dem, was sie für logisch halten oder doch Logik nennen, und was doch schließlich nur eine willkürlich aufgestellte, die Thatsachen und die Geschichte ignorirende Theorie ist, ihre Hirngespinnste auf, unbekümmert, ob sie damit ein Wolkenkukuksheim errichten, für das auf dieser Erde, wie sie nun einmal ist, kein Raum ist und das, wenn es in einer unglücklichen Stunde je einmal emporschießen könnte, im nächsten Augenblick kraft des Schwergewichts der Dinge, kraft der Thatsachen, die dann sehr logisch wären, wieder zusammenstürzen müßte. Wenngleich daher dem Abg. Singer in einem schwachen Augenblick das Eingeständniß entschlüpfte, „daß nach wie vor der Kampf gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung die Aufgabe der Sozialdemokratie sei", so folgt daraus nur, daß der Staat diese Feinde zu bändigen, nicht aber, daß er sie aus seiner Gemeinschaft überhaupt auszustoßen, zu verbannen hat. Es giebt noch andere Mittel, sie daheim unschädlich zu machen. Der Staat vergiebt sich, nach unserer Auffassung, etwas von seiner Hoheit und Würde, wenn er ausspricht, er werde bei sich nicht mit ihnen fertig. Soll man etwa den reichsverwiesenen Sozialdemokraten in's Ausland Dutzende von neuen Polizeispionen nachsenden?

Schärfer Mittel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie wird der Staat nicht entbehren können. Herr Held führte zur Begründung der Nothwendigkeit von Verschärfung an, daß zur Zeit des ersten Erlasses des Gesetzes eine so feste Organisation und solche Findigkeit der Sozialdemokratie noch nicht bestand; jetzt hat sich die Auflehnung gegen die Gesetze zu einem förmlichen Gewerbe herausgebildet. Zum Glück steht fest, daß die staatserhaltenden Parteien dem Staate auch die Waffen zur Bekämpfung seiner Feinde nicht versagen werden. Ohne solche Sicherheitsmaßregeln das Sozialistengesetz aufgeben, wäre ein Frevel. Seit dem Bestehen desselben haben sich vielfach die Verhältnisse zwischen Arbeitgebern und Arbeitern gebessert; mit Schrecken würden viele Fabrikanten der Zeit entgegensehen, wo das Gesetz nicht mehr bestände und keine Vorkehrung dagegen getroffen wäre, daß gewerbsmäßige Agitatoren wieder schaarenweise ausschwärmten, um aufhetzend sich auf ihre friedlichen Arbeiter zu werfen. Es war ein feiger Rath, den Dr. Bamberger gab, das Gesetz einfach aufzuheben, möge kommen, was da wolle. Das ist derselbe Bamberger, der einst der glühendste Befürworter des Sozialistengesetzes war. Er rief damals aus: „Wenn es wahr ist, und es ist wahr, daß die Sozialdemokraten die Ersten waren, welche einen Ansturm gegen die bestehende Ordnung eröffneten, und wenn wir einer Katastrophe entgegengehen, dann thun wir besser, wir schlagen vor der Katastrophe auf die Sozialdemokraten los, als daß wir sie nach der Katastrophe mit Blut und Eisen niederdrücken müssen". Derselbe Herr hat dann für die Verlängerung des Gesetzes gestimmt. Jetzt aber buhlt er um die Gunst der Sozialdemokraten! Ein widerliches Schauspiel! Er that dies in einer Weise, die der Minister v. Puttkamer mit „seichtem Geschwätz" nicht zu mild bezeichnete. Puttkamer deckte diesen Patron überhaupt gehörig zu. Er drückte sein Grauen aus vor Bambergers Verfahren, „Giftpillen zu verzuckern", nach Heiterkeitserfolgen in so ernsten Dingen zu haschen und dann sich mit einem suffisanten Lächeln zurückzuziehen. Puttkamer ließ ihm seine Verachtung deutlich merken. Es ist ihm so gegangen, wie anderen auch: man fühlt sich durch die Reden Bambergers geradezu angeekelt. Dieser Herr gefällt sich in geistreich sein sollenden Bemerkungen, denen man anhört, daß der Sprecher sich derenthalben selbst anbetet, als wollte er sich zurufen: „Bambergerleben, was bist Du doch für ein Mordskerl!" Warum schenkt aber auch der Reichstag diesem Schnorrergeist zwei Stunden lang Aufmerksamkeit?

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 30. Jan.

Berlin. Reichstag. Die Berathung des Sozialistengesetzes wird fortgesetzt. Abg. Bebel (Soz.): Die Vorlage habe, als sie dem Bundesrathe zuerst zuging, ganz andere Motive gehabt, die darin aufgeführten Thatsachen hätten sich aber als hinfällig erwiesen. Dieselben seien auf Grund der Angaben eines Agent Provocateur aufgenommen worden. Die vorliegenden Motive begründeten die Verschärfung nicht; auch Herr v. Puttkamer habe keine weiteren Gründe beibringen können; er habe die schweren Anklagen Singers gegen die Geheimpolizei auch nicht entkräften können. Die Motive enthielten die ärgsten Widersprüche. Einmal soll das Gesetz seinen Zweck erfüllt, dann soll es der Sozialdemokratie keinen Abbruch gethan haben. Von der Ausweisungsmaßregel werde ein sehr verschiedener Gebrauch gemacht; die Berliner Polizei mache nur selten Gebrauch davon, während die sächsischen Behörden mit einer wahren Wollust auswiesen. Sehr charakteristisch sei das Verfahren der Behörden gegenüber den Ausgewiesenen. Drastische Erfahrungen habe er in dieser Beziehung in Dresden gemacht. Er selbst habe nie in seinem an Verfolgungen so reichen Leben ein solches Gefühl der Erbitterung empfunden, als da er wie ein räudiger Hund von Haus und Hof vertrieben worden sei. Durch das Sozialistengesetz seien im Anfang die sozialdemokratischen Truppen in alle Winde zerstreut worden; den ausgewiesenen Berliner Parteigenossen sei es vornehmlich zu danken, daß die Armee wieder gesammelt wurde. Die Regierung habe geglaubt, mit ihrer Sozialreform die Rolle des Rattenfängers von Hameln spielen und die Sozialdemokratie zu einer Reformpartei machen zu können. Eine solche könne die Sozialdemokratie nicht werden; die Sozialreform sei aber in der That nur eine verbesserte Armenpflege. Die Coalitionsfreiheit der Arbeiter sei vernichtet, besonders in Sachsen; dagegen erfreuten sich die Unternehmer der weitest gehenden Unterstützung. Innungen und Militärvereine dürften ungehindert politische Agitation treiben. Bei der nationalliberalen Wallfahrt nach dem Niederwald-Denkmal habe Dr. Miquel eine große politische Rede gehalten. War diese Versammlung polizeilich angemeldet? Er wette, nein! Das hätten einmal Sozialdemokraten sein sollen! Man habe den revolutionären Charakter der Sozialdemokratie aus den Verhandlungen des St. Galler Sozialistentages herleiten wollen; ja, der sächsische Bundesbevollmächtigte habe sogar von Hochverrath gesprochen. Wäre dafür ein Nachweis vorhanden, so stünde er (Redner) nicht hier. Die Regierungsvorlage bezeichnet die Sozialdemokratie als die sozialrevolutionäre Partei, als welche sich die Anarchisten im Gegensatz zu der sozialparlamentarischen, der Sozialdemokraten, bezeichneten. Das Urtheil im Chicagoer Anarchistenprozeß habe die ganze civilisirte Welt in Erregung gebracht; in Deutschland — obgleich er von den deutschen Gerichten keine hohe Meinung habe — wäre ein solches Urtheil unmöglich gewesen. Das Gefühl der Gerechtigkeit sei es gewesen, welches die Sozialdemokraten veranlaßte, für die Verurtheilten einzutreten. Der deutsche Adel mit seiner blutigen Geschichte sollte doch in dieselbe zurückblicken, ehe er der Sozialdemokratie revolutionäre und hochverrätherische Pläne zum Vorwurf mache. Und was waren die Bestrebungen zur Herstellung der bürgerlichen Republik? Der begeisterte Freund des Reichskanzlers, Prof. Dr. Biedermann, habe früher die zuversichtliche Hoffnung auf Herstellung eines Verbandes europäischer Republiken ausgesprochen. Er kenne ein Mitglied der nationalliberalen Partei, welches 1848 sagte: Man solle den König von Preußen an den ersten besten Laternenpfahl hängen. Präsident: Redner hat gegen ein Mitglied des Hauses einen schweren Vorwurf erhoben, ohne den Beweis dafür zu liefern. Ich rufe den Redner zur Ordnung. Bebel: Das Blind'sche Attentat auf Bismarck habe z. B. in der bürgerlichen Presse geradezu Billigung gefunden. Dr. Götz sei früher von den Sozialdemokraten selbst aufgestellt worden. Ein Blatt, an dem E. Rittershaus und andere jetzt nationale Dichter mitarbeiteten, habe die schlimmsten Majestätsbeleidigungen gegen den König von Preußen gebracht. Es sei gut, angesichts der Angriffe gegen die Sozialdemokraten nützlich, an diese Dinge zu erinnern. Die beantragten Verschärfungen seien nicht im mindesten begründet. Bei Vertheilung verbotener Druckschriften werde, wenn mehrere Fälle vorlägen, heute schon das Strafmaximum von 6 Monaten Gefängniß überschritten. Bebel kritisirt dann die Entscheidungen des Reichsgerichtes hinsichtlich des Sozialistengesetzes. v. Puttkamer habe den gravirenden Mittheilungen Singer's nicht widersprochen und nur bestritten, daß die preußische Regierung agents provocateurs unterhalte. Der im Auswärtigen Amte beschäftigte Polizeidirektor Krüger und Polizeirath Hacke, deren Gewissenhaftigkeit und Pflichttreue von Puttkamer gerühmt, und die mit den Intentionen des Reichskanzlers und v. Puttkamer's vertraut gewesen seien, hatten mit vollem Bewußtsein agents provocateurs engagirt, und zwar Schröder und Haupt, die mit den Anarchisten in intimen Beziehungen gestanden und provocirt hatten. Bei Schröder habe man eine Kiste mit Dynamit gefunden, in welcher eine Lage Patronen fehlte. Was damit geworden sei, sei unermittelt geblieben. Haupt sei ein fahnenflüchtiger Soldat, dessen Strafe auf 150 Mk. reduzirt worden sei, und der mit dem Gelde der preußischen Polizei die schweizerische Staatsangehörigkeit erworben habe. Auch der Hauptmann v. Ehrenberg sei erwiesenermaßen ein agent provocateur. Derselbe habe sich abwechselnd der französischen Regierung, der Sozialdemokratie und der preußischen Polizei zur Verfügung gestellt. Die preußische Polizei besolde die verworfensten Subjekte. Werde das Gesetz angenommen, so werde man es noch bereuen, dem fluchwürdigsten Gesetze zugestimmt zu haben. (Der Präsident ruft den Abg. Bebel wegen des letzteren Ausdruckes zur Ordnung.) — Minister v. Puttkamer konstatirt, daß die mehr als dreistündige Aufzählung unerwiesener Behauptungen durch Bebel nur eine ermüdende Wirkung erzeugt habe. Die volle Glaubwürdigkeit der von Singer und Bebel angefeindeten Kriminalschutzleute Ihring und Naporra sei heute vom Posener Gerichte ausdrücklich anerkannt worden. v. Ehrenberg habe nur als Angeklagter in Beziehung zu den deutschen Behörden gestanden. Die Angaben Bebel's würden vielleicht die badische Regierung veranlassen, gegen v. Ehrenberg Anklage zu erheben, wobei Bebel als Zeuge aufzurufen sein würde. — Sächs. Bundesbevollmächtigter Geh. Rath Held weist die Angriffe Bebel's auf die sächsischen Behörden zurück. — Abg. v. Kardorff (Reichspartei): Das Sozialistengesetz sei durchaus im Sinne der Gesetzgeber ausgeführt worden. Die von Bebel gewählte Bezeichnung „Politische Vergehen" für Verbrechen der Chicagoer Anarchisten deute an, daß die Sozialdemokraten den Anarchisten näher stehen, als sie Wort haben wollen. Die Reichspartei sei mit den einzelnen Verschärfungen des Sozialistengesetzes einverstanden, nicht aber mit der Expatriirung, wodurch man den Sozialdemokraten den Anschein von Märtyrern geben würde. Zudem seien die Sozialdemokraten an der Grenze nicht minder gefährlich, als im Innern. — Abg. Dr. Windthorst: Seine Freunde seien auch heute noch der Meinung, daß das Sozialistengesetz mehr Unheil als Heil gebracht habe. Die Theorie v. Puttkamer's über die geheime Polizei gefalle ihm nicht. Wenn Leute engagirt würden, die der Minister selbst als nicht gentleman bezeichnete, so sage er, der Zweck heilige niemals das Mittel. (Heiterkeit.) Die dreitägigen Verhandlungen hätten den Abgrund gezeigt, vor dem wir stehen. Wenn man den Ausweisungsparagraphen aufhebe, so werde das Centrum für eine zweijährige Verlängerung stimmen. Die Aufhebung dieses Paragraphen würde bedeuten: „Wenn Ihr mit Euren Sozialdemokraten in Berlin nicht fertig werden könnt, so schickt sie uns in Hannover, Magdeburg rc. nicht auf den Hals". Werden die bezüglichen Anträge abgelehnt, so werde ein Theil des Centrums für die zweijährige Veränderung des unveränderten Gesetzes, ein anderer aber gegen jede Verlängerung stimmen. — Abg. Götz (nat.-lib.) verwahrt sich gegen die Unterstellung Bebel's, daß er früher rother Demokrat gewesen sei. Roth sei er nie gewesen, wohl aber könnte er es werden, wenn er daran denke, daß er mit Bebel einmal in Beziehung gestanden habe. Bebel sei nicht berechtigt, ihm über einen etwaigen Gesinnungswechsel Vorwürfe zu machen, da er früher selbst als Geselle ein harmloser konstitutioneller Jüngling gewesen sei. — Die Vorlage wird an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen. — Die Darlegungen über die Verlängerung des kleinen Belagerungszustandes in Frankfurt, Hamburg und Leipzig werden durch Kenntnißnahme erledigt.

Berlin. Dr. Mackenzie untersuchte den Hals des Kronprinzen und fand die linke Seite des Kehlkopfes, wo am Ende vorigen Jahres Gewächse bemerkt worden waren, viel gesünder. Die Möglichkeit des Krebses hat sich hierdurch noch mehr vermindert.

Frankfurt a. M., 30. Jan. Credit 213⅞. Staatsbahn 171⅛. Lombarden 66⅞. Galizier —,—. Egypter 74,90. 4proc. Ungar. Goldrente 77,20. Disconto 187,10. 80er Russen —. Handelsg. —. Laura —. Schwach.

Wien, 30. Januar. Credit 268,30. Staatsbahn 213,00. Lombarden 83,00. Nordwestb. 153,75. Marknoten 62,225. Ung. Credit 272,00. Schwach.

Paris, 30. Januar. (Schluß.) Rente 81,42. Anleihe 107,75. Italiener 93,90. Staatsbahn 423,75. Lombarden 181,25, do. Prioritäten —,—. Spanier 67⅛. Egypter 375,31. Ottomanen 506,62. Neue Anleihe —. Türken —. Still.

J. Böhmer, Bade-Einrichtungen,
Galeriestrasse 20 part., I. u. II.